

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5690

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5690



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Wie viele Engel passen auf eine Nadelspitze? Eine Analyse der Staatsrechnung 2025 und des Tätigkeitsberichts der Bundestresorerie

In der aktuellen Debatte um den Bundeshaushalt, die «angespannte Finanzlage» und scheinbar alternativlose «Entlastungspakete» mit gravierenden Kürzungen bei wichtigen Zukunftsausgaben dominiert Fin-Fiction. Dabei finden sich die finanziellen Fakten in der [Staatsrechnung 2025](#) (SR) und im [Tätigkeitsbericht der Bundestresorerie](#) (TB). Deren präzise Kombination und Interpretation ist allerdings alles andere als einfach zu durchschauen, wie der folgende Versuch der Zusammenfassung und Einordnung zeigt.

Zwar ist die Frage der möglichen Anzahl Engel auf einer Nadelspitze eine satirische Überhöhung des scholastischen Denkens des Mittelalters; die Denker hatten aber tatsächlich ein Problem: Wie können Engel als reine Geistwesen im Himmel auf der irdischen Welt Aufgaben erfüllen, etwa Botschaften Gottes überbringen? Um diese Frage zu beantworten, musste der Ort der Engel bestimmt werden. Bei der Analyse von Staatsrechnung, Schuldenbuchhaltung und der Arbeit der Tresorerie stellt sich auch immer wieder die Frage der Verortung: Wo sind wir? Sind wir im Himmel der Schuldenbremse, wo es «strukturelle Finanzüberschüsse» gibt, die gar nicht vollständig reale Überschüsse sind? Wo es Konten gibt, die gar keine Konten sind, sondern nur «Kontrollstatistiken». Oder sind wir auf dem irdischen Boden der Staatsrechnung, wo reale Überschüsse erwirtschaftet werden, oder der Tresorerie, die reale Schulden bewirtschaftet und diese dabei erhöhen oder senken kann? Und schliesslich stellt sich die zentrale Frage: Warum können die Geistwesen der Schuldenbremse auf Erden so viel Schaden anrichten?

Auf einen Blick

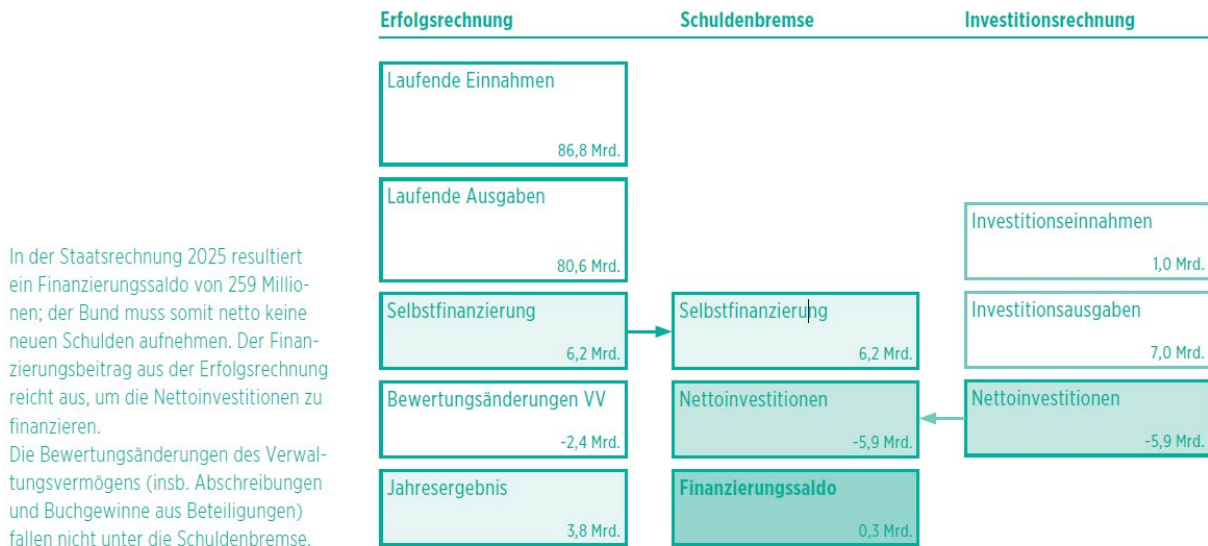
- Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2025 mit einem Finanzierungsüberschuss von 259 Millionen Franken ab. Dieser fliesst aber vollumfänglich in den unnötigen Schuldenabbau.
- Die laufenden Einnahmen des Bundes lagen gar 6,2 Mia. höher als die laufenden Ausgaben. Aus diesem Überschuss, der so genannten «Selbstfinanzierung», konnte der Bund die gesamten Investitionen finanzieren.
- Im Voranschlag 2025, der 2024 ans Parlament überwiesen wurde, verordnete der Bundesrat zusätzliche Kürzungen von 1,4% der ungebundenen Ausgaben (350 Mio.). Die Rechnung 2025 zeigt nun, dass diese also gar nicht nötig gewesen wären, weil der zulässige Finanzierungsspielraum der Schuldenbremse nicht ausgeschöpft wurde.
- 2025 zeigte einmal mehr, dass die Schweiz als «safe haven» von weltwirtschaftlicher Unsicherheit profitiert. Das durchschnittliche Zinsniveau der im Jahr 2025 ausgegebenen Staatsanleihen (den so genannten Eidgenossen) betrug lediglich 0,4%, im Vorjahr hatte dieser Wert noch bei ebenfalls sehr tiefen 0,62% gelegen.
- Auch das Zinsänderungsrisiko hat sich gegenüber 2024 fast halbiert.
- Die Schweiz hätte also sehr grossen Spielraum, durch die Ausgabe von neuen Schulden die Austeritätspolitik zu beenden und Mittel für Zukunftsausgaben zur Verfügung zu haben.

Zusammenfassung und Bemerkungen zur Staatsrechnung 2025 (SR)

Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2025 mit einem Finanzierungsüberschuss von 259 Millionen Franken ab. Die Einnahmen verzeichneten gegenüber dem Vorjahr ein kräftiges Wachstum von 3,6 Milliarden oder 4,3 Prozent:

- Bei der direkten Bundessteuer legte die Gewinnsteuer stark zu (+1,8 Mia.). Dies vor allem wegen Mehreinnahmen aus dem Kanton Genf (+1,5 Mia.). Diese ergaben sich primär aufgrund der zu tief ausgestellten provisorischen Rechnungen für die Steuerperioden 2022 und 2023. Diese Mehreinnahmen resultierten u. a. aus den Übergewinnen der Rohstoffhandelsfirmen durch den Ukrainekrieg.
- Die Einkommenssteuer wies ebenfalls ein Wachstum auf (+0,5 Mia.).
- Das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen (+0,7 Mia.) war vor allem auf die Erhöhung der Steuersätze per 1.1.2024 für die AHV zurückzuführen. Aufgrund der zeitlich versetzten Erhebung der Steuer um ein Quartal wurde der gesamte Effekt erstmals im Jahr 2025 voll wirksam.
- Der Anstieg der «nichtfiskalischen Einnahmen» (+1,1 Mia.) stammt aus der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Der Anteil des Bundes belief sich im Jahr 2025 auf 1 Milliarde, während es im Vorjahr keine Ausschüttung gegeben hatte. (SR, S. 17/18)

HERLEITUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS AUS ERFOLGS- UND INVESTITIONSRECHNUNG



Quelle: Botschaft zur Staatsrechnung (SR) 2025, Band 1a), S. 12

Die laufenden Einnahmen des Bundes lagen gar 6,2 Mia. Franken höher als die laufenden Ausgaben. Aus diesem Überschuss, der so genannten «Selbstfinanzierung», konnte der Bund die gesamten Investitionen finanzieren. Dies ist im Vergleich mit den in der EU geltenden Fiskalregeln (die kaum eingehalten werden können) noch erstaunlicher, erlauben diese doch ein Finanzierungsdefizit von 3 Prozent. So viel zu den Zahlen und Fakten. Nun geht es darum, wie das bezüglich Schuldenbremse aussieht. – Also auf zu den Engeln.

Der «Nachweis der Schuldenbremse» in der Staatsrechnung

Die Schuldenbremse begrenzt die ordentlichen Ausgaben auf das Niveau der ordentlichen Einnahmen, dabei wird aber die Wirtschaftslage berücksichtigt. Um die Mindereinnahmen bei einer schwachen Konjunktur auszugleichen, lässt die Schuldenbremse ein konjunkturelles Finanzierungsdefizit zu. Die Ausgaben dürfen entsprechend über den Einnahmen liegen (Ausgabenplafond > ordentliche Einnahmen). Der Konjunkturfaktor (K-Faktor) ist dabei das Mass für die erwartete Wirtschaftslage. Für das Jahr 2025 wurde eine «Unterauslastung der Wirtschaft von 0,3 Prozent des Produktionspotenzials» (SR, S. 24) berechnet, der K-Faktor betrug also 1,003. Die Schuldenbremse liess deshalb zu, dass 2025 die Ausgaben um 262 Millionen (0,3% der Einnahmen) höher sind als die Einnahmen. «Effektiv resultierte Ende 2025 aufgrund der besser als erwarteten Einnahmenentwicklung ein ordentlicher Finanzierungsüberschuss von 1185 Millionen. Zusammen mit den zulässigen 262 Millionen resultierte ein struktureller Finanzierungsüberschuss von 1446 Millionen (ordentliche Ausgaben < Ausgabenplafond) ... » (SR, S. 23/24). Dieser «strukturelle Finanzierungsüberschuss» ist also nicht vollständig real, es gibt ihn nur dank der Schuldenbremse. Nur 1185 Millionen resultieren aus Einnahmen minus Ausgaben, die zusätzlichen 262 Millionen sind ein Geistwesen der Schuldenbremse (allerdings ein guter Engel, denn er erhöht den Finanzierungsspielraum).

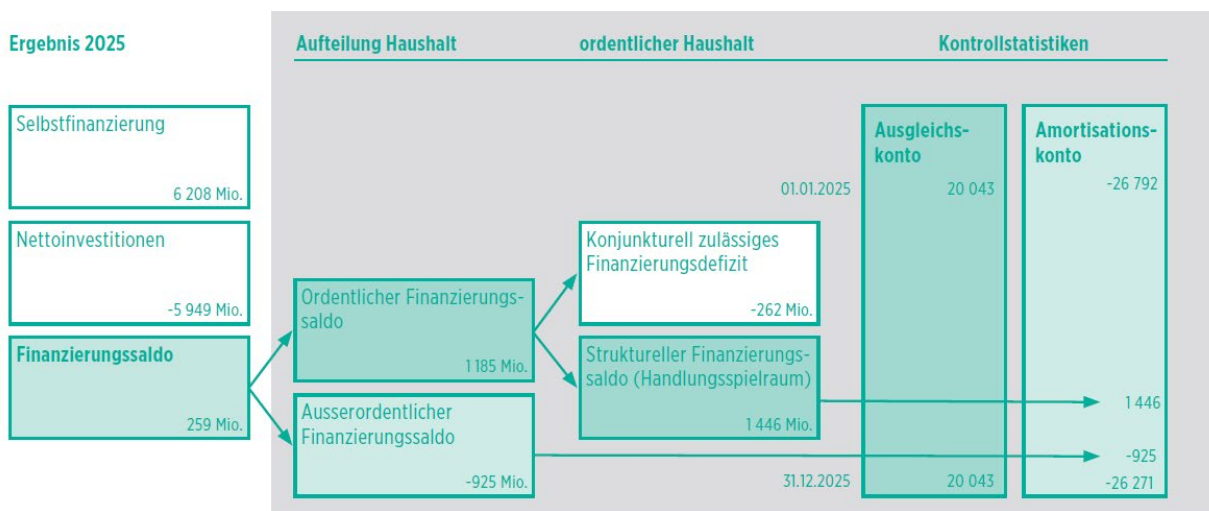
Im Voranschlag 2025, der 2024 ans Parlament überwiesen wurde, verordnete der Bundesrat zusätzliche Kürzungen von 1,4% der ungebundenen Ausgaben (350 Mio.). Die

Rechnung 2025 zeigt nun, dass diese gar nicht nötig gewesen wären, weil der zulässige Finanzierungsspielraum der Schuldenbremse nicht ausgeschöpft wurde. Der zulässige Finanzierungsspielraum (eben der «strukturelle Finanzierungsüberschuss») von 1446 Millionen ist über 4 Mal grösser ausgefallen als das Resultat der Sparübung.

Der «strukturelle Finanzierungsüberschuss» (also realer Überschuss plus Geistwesen) von 1446 Mio. wird dem Amortisationskonto zugeschrieben. Dieses Geistwesen kann nur deshalb auf diesem Konto verbucht werden, weil es kein Konto ist, sondern auch ein Geistwesen. Es ist eine Kontrollstatistik für den ausserordentlichen Haushalt.

Das Amortisationskonto wäre eigentlich als Kontrollstatistik für den ausserordentlichen Haushalt vorgesehen. Erst seit 2023 werden durch die Corona-bedingte Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes die strukturellen Finanzierungsüberschüsse des ordentlichen Haushalts in dieser Kontrollstatistik notiert. Vor dem Corona-Schock wurden solche Überschüsse in der anderen Kontrollstatistik, dem «Ausgleichskonto» (das natürlich auch kein Konto ist), festgehalten. Das Ausgleichskonto war bei der Einführung der Schuldenbremse als Kontrollstatistik für die strukturellen Finanzierungsüberschüsse bzw. Defizite im ordentlichen Haushalt vorgesehen gewesen. Vor Corona hatte der Bund allerdings gar nie ein strukturelles Defizit.

NACHWEIS SCHULDENBREMSE



SR, S.13

Begründet wurde der Wechsel der Kontrollstatistik für die Verbuchung der strukturellen Finanzierungsüberschüsse damit, dass das nötig sei, um die «Corona-Schulden» auf dem Amortisationskonto abzubauen. Da es sich aber lediglich um eine Statistik handelt, geht es nicht um irgendwelche reale Corona-Anleihen oder Corona-Kredite auf diesem Konto, die zurückbezahlt werden müssten – was die Rede von «Schulden abbauen» suggeriert. Im Himmel der Geistwesen können keine Schulden abgebaut werden, es werden nur Statistiken aktualisiert.

Schulden in der realen Welt

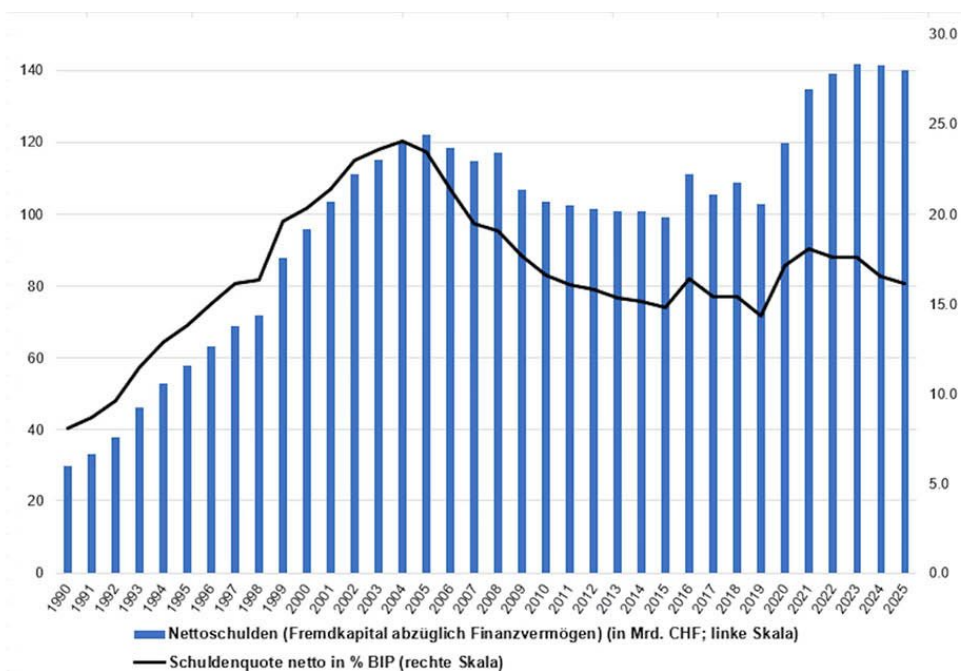
Der positive Abschluss von 1185 Millionen entstand im ordentlichen Haushalt. Weil es im ausserordentlichen Haushalt ein Defizit gab, resultierte «nur» ein «Finanzierungssaldo» von 259 Millionen. Dies ist reales Geld, es fliesst aber vollumfänglich in den unnötigen Schuldenabbau. Ohne Nachtragskredite in der Höhe von 936 Mio. wäre der Schuldenabbau noch viel höher ausgefallen.

VERÄNDERUNG NETTOSCHULDEN

Mio. CHF	R 2024	R 2025	Δ 2024-25 absolut
Nettoschulden 01.01.	-141 687	-141 411	-276
Finanzierungssaldo	-80	259	339
Eigenkapitaltransaktionen	357	1 034	677
Nettoschulden 31.12.	-141 411	-140 116	-1 295

SR, S. 28

In der realen Welt gehen die Schulden der Schweiz also tatsächlich zurück. Neben dem realen Finanzierungssaldo reduzieren auch die direkt dem Eigenkapital gutgeschriebenen Transaktionen (1034 Mio.) die Nettoschulden. «Darunter fielen insbesondere die jährliche Neubewertung der Personalvorsorgeverpflichtung und von Absicherungsgeschäften aufgrund der veränderten finanztechnischen Annahmen.» (SR, S. 28) **Die Nettoschuldenquote des Bundes ist deshalb weiter von 16,6 auf 16,1 Prozent des BIP gesunken. Diese Quote liegt auch bereits wieder deutlich unter dem Stand von vor der Coronakrise (2020 16,8%, 2025 16,1%).**



Die Grafik zeigt die Entwicklung der der Nettoschulden und der Schuldenquoten zwischen 1990 und 2025. © EFD

Entsprechend wird die Situation der Schweiz auch im internationalen Vergleich noch extremer (zur Vergleichbarkeit wird dafür die Schuldenquote gemäss Maastricht-Definition verwendet, diese beträgt für die Schweiz 24,2 Prozent). In der Vergleichstabelle unten fehlt die Steuerquote (Steuereinnahmen in Prozent des BIP). Auch diese ist im internationalen Vergleich sehr tief (OECD-Durchschnitt nur Zentralregierung: 16,8%, CH: 8,9%, Zahlen jeweils 2023).

KENNZAHLEN ZU DEN STAATSFINANZEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2025

in % BIP	Einnahmen- quote	Staats- quoteschuss	Defizit-/ Über- schussquote	Schulden- quote	Fremd- kapital- quote
Schweiz	32,7	32,2	0,5	24,2	39,9
EU - Euroraum	46,5	49,6	-3,1	89,9	94,7
Deutschland	47,1	49,9	-2,8	64,4	65,0
Frankreich	50,5	56,0	-5,5	116,8	120,2
Italien	47,0	50,1	-3,1	138,0	151,0
Österreich	51,8	56,2	-4,3	84,1	87,4
Belgien	50,5	55,1	-4,6	108,8	108,0
Niederlanden	41,6	43,8	-2,3	44,7	48,3
Norwegen	60,6	50,4	10,0	n.a.	n.a.
Schweden	47,2	48,4	-1,2	33,8	55,8
Grossbritannien	40,4	47,1	-6,4	103,4	147,6
USA	30,2	37,9	-7,7	n.a.	125,2
Kanada	42,3	44,8	-2,5	n.a.	123,8
OECD	38,1	42,8	-4,6	n.a.	112,6

Hinweise

- Schuldenquote: Bruttoschulden gemäss Maastricht-Definition
- Fremdkapitalquote: Schulden nach Definition des IWF (Fremdkapital ohne Finanzderivate)
- Zahlen zur Schweiz gemäss Finanzstatistik der EFV, Oktober 2025
- Restliche Länder: IWF GFS Datenbank und OECD Annual National Accounts (September 2025)
- Prognose restliche Länder: OECD Economic Outlook 117, Juni 2025

SR, S. 31

Zusammenfassung und Bemerkungen zum Tätigkeitsbericht 2025 Bundestresorerie (TB)

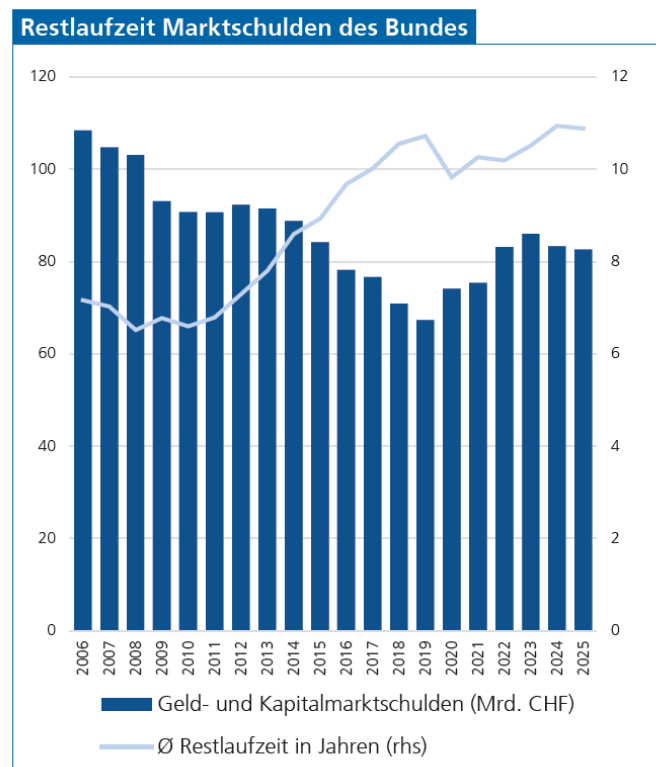
Die aussergewöhnlich komfortable Lage der Bundesfinanzen zeigt auch der Tätigkeitsbericht der Bundestresorerie, die für Ausgabe und Bewirtschaftung der Schweizer Staatsschulden zuständig ist. Sie (und nicht die Kontrollstatistiken) ist der Ort, wo tatsächlich Schulden abgebaut werden oder zusätzliche Schulden aufgenommen werden könnten. Weitere Aufgaben der Tresorerie sind das Management der Liquidität und die Devisenbewirtschaftung.

Wie bereits erwähnt, konnte die Schweiz die gesamten Investitionen, die regulären und die ausserordentlichen Ausgaben aus den Einnahmen finanzieren. Entsprechend musste die Tresorerie kein neues Geld aufnehmen. Vorgesehen war für 2025 noch ein minimaler Schuldenaufbau von 0,7 Mio., um das erwartete Defizit zu decken. Stattdessen flossen wie erwähnt 259 Mio. in den Schuldenabbau, den in der realen Welt die Bundestresorerie vornimmt.

2025 zeigte einmal mehr, dass die Schweiz als «safe haven» von weltwirtschaftlicher Unsicherheit profitiert. Das durchschnittliche Zinsniveau der im Jahr 2025 ausgegebenen Staatsanleihen (den so genannten Eidgenossen) betrug lediglich 0,4%; im Vorjahr hatte dieser Wert noch bei ebenfalls sehr tiefen 0,62% gelegen. Die Realzinsen lagen angesichts der (sehr geringen) Inflation von 0,2% bei lediglich 0,2%.

Der Grossteil der an elf Auktionen emittierten Eidgenossen diente zur Rückzahlung einer fällig gewordenen Anleihe in der Höhe von 3,3 Mia. Hier zeigt sich die Mechanik von Staatsschulden. Sie müssen nie aus laufenden Überschüssen zurückbezahlt werden (die «zukünftigen Generationen» können sich also entspannen), sondern sie werden durch neue Schulden abgelöst. Das einzige Risiko besteht darin, dass die neuen Schulden mit einer kürzeren Laufzeit und/oder höheren Zinsen aufgenommen werden müssen. Doch wie die sehr konservative Bundestresorerie selbst schreibt: «Die Bonität der Eidgenossenschaft wird von allen relevanten Ratingagenturen mit dem höchsten Rating bewertet. Auch bei ungünstigen Marktkonstellationen könnte der Bund die benötigten Mittel am Geld- und Kapitalmarkt aufnehmen.» 2025 führte die Rückzahlung von Anleihen zu noch vorteilhafteren Bedingungen, die ersetzte Anleihe hatte noch eine Durchschnittsrendite von 0,57% gehabt, die neuen lediglich die erwähnten 0,4%.

Das Zinsänderungsrisiko hat sich denn auch gegenüber 2024 fast halbiert. Es beträgt 232 Mio. bei einer zulässigen Höchstgrenze von 500 Mio. Dieses Risiko ist festgelegt als der Betrag der zusätzlichen Zinszahlungen, die in den nächsten 4 Jahren kumuliert in 9 von 10 Fällen nicht übertroffen werden. Selbst die sehr konservative Bundestresorerie erwartet «etwa stabile» Zinsen und hält einen Zinsschock für «aktuell nicht wahrscheinlich». Die auch schon unrealistischen 232 Mio. wären aber auf jeden Fall tragbar. Absolut ging die Zinslast des Bundes 2025 um 244 Mio. zurück, sie betrug noch 1 Mia. oder 0,6% der Einnahmen.



Schliesslich hat sich, wie die Grafik oben zeigt, auch die Restlaufzeit der Schulden des Bundes seit der Finanzkrise erhöht, sie beträgt jetzt durchschnittlich 10,9 Jahre. Kurzfristige Finanzierungsprobleme sind erst recht ausgeschlossen.

Die Schweiz hätte also sehr grossen Spielraum, durch die Ausgabe von neuen Schulden die Austeritätspolitik zu beenden und Mittel für Zukunftsausgaben zur Verfügung zu haben. Die [Berechnungen von Alliance Sud](#) zeigen, dass durch eine Anhebung des Schuldenniveaus gemessen am BIP auf den Stand bei der Einführung der Schuldenbremse 2003 (24,9%, brutto gemäss Maastricht-Definition) bis 2035 insgesamt 153 Milliarden Franken zur Verfügung stehen würden. Das wären also 15,3 Milliarden pro Jahr. Die Schweiz hätte dann gemessen am Stand von 2024 immer noch die drittniedrigste Schuldenquote Europas. Nur Bulgarien und Estland lägen darunter. Und es kommt noch besser; gerechnet wurden die Szenarien von Alliance Sud nämlich mit einem Zinsniveau von 1%, also deutlich mehr, als es gegenwärtig der Fall ist.

Mai 2026 / Andreas Missbach